

Sehr geehrte Frau Bockting,
Sie haben im Heft Nr.4 von "Fairconomy" ein Interview mit Prof. Dr. Max Otte veröffentlicht.

Bestimmt haben auch Sie sich über so manche Antwort des Herrn Professors gewundert. So haben Sie z.B. eine sehr gute Frage über die massiven negativen Folgen durch die Staatsverschuldung, welche auch ohne die Finanz- und Bankenkrise entstanden wären, gestellt, und Prof. Otte hat in seiner Antwort sein komplettes Unwissen über die Systemursache der Verschuldung offenbart. Er ist ein Wirtschaftsökonom der klassischen Schule, welche das Geldsystem an sich außen vor lässt: Deshalb kann er im Zeitalter der digitalen Geldwirtschaft, der „Buchgeld-Wirtschaft“, auch die verheerenden Folgen der „Multiplen Geldschöpfung“ durch die privaten Geschäftsbanken nicht erkennen und somit, trotz seines jugendlichen Aussehens, auch nicht zur Lösung der Probleme beitragen. Seine Aussage, dass „Staatsschulden per se nichts Schlimmes seien“, und dass „40-50% Schulden meistens ohne Weiteres tragbar wären“ zeigt, dass er sogar die Exponentialkurve der Verschuldung nicht erkennt: Deshalb ist Herr Otte für mich sogar ein sehr gefährlicher Wissenschaftler, denn er wird ja wahrscheinlich von der Politik regelmäßig als „Experte“ konsultiert. Da kann ich nur sagen: Kein Wunder, dass es uns mit solchen „Experten“ wirtschaftlich-sozial immer schlechter geht!

Herr Otte fordert zwar zu recht höhere Erbschaftssteuern, Kapitalertragssteuern, Finanztransaktionssteuern so wie eine Trennung des kreditorientierten Bankensystems von den Investmentbanken, aber das Alles ist nur Symptombekämpfung, läuft den Ursachen hinterher und wird deshalb überhaupt nicht genügen, so lange nicht zusätzlich die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken – in der Eurozone im Verbund mit der EZB – vollkommen untersagt wird! Die Staaten müssen das Sagen erhalten über das Geldsystem, sie müssen in der Lage sein, jederzeit die Aufgaben des Allgemeinwohls mit zins- und tilgungsfreiem Geld zu garantieren.

Auch seine Antwort auf Ihre Frage zur Handlungsweise der EZB zeigt, dass Herr Otte tatsächlich, und ich finde das sehr erschreckend, vollkommen daneben liegt! Die EZB „erschafft“ 1 Billion Euro „aus dem Nichts“ und gibt dieses „Buchgeld“ den Geschäftsbanken zu 0-1% Zinsen, in der Hoffnung (!), dass die Geschäftsbanken dieses Buchgeld dann an die Not leidenden Staaten weiter verleihen: Zu 4-7% Zinsen, also mit Milliarden Einkünften für die Banken! Herr Otte hätte fordern müssen, dass die EZB das notwendige Buchgeld gefälligst direkt zu 0-1% an die Staaten, ohne Zwischenschaltung der Geschäftsbanken, zu vergeben hat!

Ganz zum Schluss scheint Herr Otte sich noch an etwas zu erinnern, was er wahrscheinlich vor Kurzem gehört hat, und spricht von „100%-Geld wenn man es hinbekommt“. Womöglich meint er damit ja sogar den Vollgeld-Vorschlag von Prof. Joseph Huber, aber ich glaube nicht, dass Herr Prof. Otte diesen Vorschlag wirklich verstanden hat, bzw. ihn verstehen möchte.

Ich finde, Frau Bockting, Ihr Interview lässt keinen Zweifel am tragischen Unwissen der klassischen Wirtschaftsökonomien über die Zusammenhänge zwischen der Finanz- und Schuldenkrise mit dem Geldsystem an sich! Leider!

Da hat Herr Eberhard Knöller in seinem Beitrag bereits einen wesentlich besseren Vorschlag gemacht. Er möchte die Grundversorgung eines Landes bzw. eines Währungsraumes durch die einmalige kredit- und zinsfreie Ausgabe einer festgelegten Geldmenge an die Bevölkerung sicher gestellt wissen. Allerdings scheint auch Herr Knöller nicht den Grundfehler zu erkennen, weil er nach wie vor das kreditbasierte Schuldgeldsystem der Geschäftsbanken erhalten möchte.

Ihren Beitrag „Eine andere Welt – mit welchem Geld?“ fand ich sehr gut, weil Sie ausgewogen und neutral berichtet haben. Die INWO sieht die Umlaufgebühr, in der Tradition von Silvio Gesell, als den allein selig machenden Schlüssel zur Lösung der Geldkrise an. Die Befürworter der Vollgeldforderung und der Geldsouveränität der Staaten glauben demgegenüber, dass eine alleinige Umlaufgebühr der Problematik nicht gerecht wird, weil es nicht nur darauf ankommt, dass das Geld fließt, sondern auch darauf, wer die Macht über das Geld bzw. über die Geldschöpfung besitzt.

Deshalb mein Vorschlag: Warum wird immer nur entweder das Eine oder das Andere gefordert, warum fordern wir nicht eine Kombination von Beidem?! 1. Der Staat gibt z.B. seine Bundesschatzbriefe, souverän, als zweites legales Zahlungsmittel in Deutschland, zins- und tilgungsfrei für die Belange des Allgemeinwohls (Gehälter seiner Beamten und Angestellten, Ausgaben für die öffentlichen Dienstleistungen und die öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen), heraus, und akzeptiert dieses Zweitgeld zur Entrichtung von Steuern und Abgaben. 2. Um eine Hortung zu vermeiden, belegt er dieses zweite Zahlungsmittel mit einer Umlaufgebühr gemäß dem Vorschlag durch die INWO.

Mit freundlichen Grüßen,
Joseph Meyer
Klosterstrasse 40,
4780 St.Vith / Belgien
(j-meyer.be)